



Ausgabe 1/2011

26. Januar 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Antrittsbesuch des neuen GdP-Landesvorstandes bei Innenminister Herrmann Herrmann sichert baldige Evaluierung der Polizeireform zu

Der beim Landesdelegiertentag in Regensburg neu gewählte Landesvorsitzende Helmut Bahr stellte sich im Innenministerium vor. Begleitet wurde er dabei von den Mitgliedern des geschäftsführenden

muss und sich das Innenministerium mit der GdP in einer Arbeitsgruppe über die Art und Weise der Evaluierung verständigen wird. So fordert die GdP, dass die Überprüfung der Auswirkungen der Poli-

völkerungsverschiebungen in manchen Bereichen, aber auch die Aufgabenmehrung machen eine Neuberechnung des benötigten Personals der Polizei dringend notwendig. LPP Kindler zeigte sich damit einverstanden, gab aber zu bedenken, dass diese Berechnung nur mit Zahlenmaterial erfolgen soll, das bereits vorliegt. Andernfalls könnte sich mancher Dienststellenleiter dazu animiert sehen, „Nummern ohne Ende“ zu produzieren.

Peter Schall machte in dem Gespräch auf Probleme aus dem Tarifbereich aufmerksam. So wurden beispielsweise für den Digitalfunk und andere IT-Aufgaben Tarifbeschäftigte mit dem Ziel der Verbeamtung eingestellt. Durch die Dienstrechtsreform und die Absenkung der Eingangsämter bei der Verbeamtung verlieren manche Beschäftigte monatlich beispielsweise bis zu 600 Euro und mehr an Einkommen. Da dieser Personenkreis auch von der freien Wirtschaft dringend gesucht wird, muss man hier durch Ausnahmeregelungen oder übertarifliche Zulagen für einen Ausgleich sorgen. Sollten diese „Experten“ tatsächlich die Polizei verlassen, kommt z.B. der Zeitplan der Einführung des von uns so dringend benötigten Digitalfunks erheblich in Verzug, befürchtet LV Bahr.

Großes Lob erhielt der Minister von den GdP-Vertretern für seinen persönlichen Einsatz im Zusammenhang mit dem Neubau der PI Nürnberg-Süd. Die GdP Mittelfranken hatte eine Unterschriftenaktion gestartet und wurde selbst vom Zuspruch der Bevölkerung überrascht. Das nahm Innenminister Joachim Herrmann zum Anlass, persönlich einzugreifen. LV Bahr forderte darüber hinaus die weiteren notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen bei den bayerischen Polizeidienststellen zügig durchzuführen. Derzeit besteht in diesem Bereich ein Investitionsrückstau von 330 Mio. Euro.



V.l.: Herbert Kern und Wolfgang Ligotzky vom GLBV, stv. LV Peter Schall, Innenminister Joachim Herrmann, Landesvorsitzender Helmut Bahr, LPP Waldemar Kindler und sein Vertreter, Lt. Ministerialrat Hubertus Andrä

Landesvorstandes Peter Schall (Ingolstadt), Herbert Kern (Schwabach) und Wolfgang Ligotzky (Rosenheim). Im Innenministerium wurden die GdP-Spitzenvertreter von Innenminister Joachim Herrmann, Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler und Leitenden Ministerialrat Hubertus Andrä empfangen. Unterstützung erhielt Helmut Bahr für seine Forderung, die Polizeireform zu evaluieren. Innenminister Herrmann sicherte zu, dass diese Evaluierung jetzt zeitnah beginnen

zeireform nicht von ihren „Vätern“ zu erfolgen hat. Ein vernünftiges Ergebnis kann nur erfolgen, wenn diese Evaluierung von sachverständigen Experten unter Einbeziehung der Berufsvertretungen durchgeführt wird. Die ursprüngliche Vorstellung, dass durch die Polizeireform mehr Personal auf die Straße kommt, dürfte ein Wunschtraum bleiben, meinte Herbert Kern aus Mittelfranken. Bereits begonnene Untersuchungen der GdP Mittelfranken haben den Verdacht bestätigt, dass sich die tatsächliche Personalstärke in den Schichten seit 2006 erheblich verringert hat.

Wolfgang Ligotzky fand beim Minister ein offenes Ohr für seine Forderung, die Sollstärken der Bayerischen Polizei neu berechnen zu lassen. Insbesondere die Be-

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050



Fortsetzung von Seite 1

Weitere Punkte des längeren Gespräches waren u. a. Ausrüstungsfragen (z.B. die Anschaffung der neuen Warnschutzweste für alle uniformierten Polizeivollzugsbeamten mit Verkehrsaufgaben; siehe Foto rechts), die geplanten Einsparmaßnahmen im Doppelhaushalt 2011/2012, die beängstigende Situation bei den Beförderungen in der 2. Qualifikationsebene nach A 11 und in der 3. Qualifikationsebene nach A 12, sowie die Grundsätze bei der Auswahl von Schlüsselpositionen der Bayerischen Polizei. Insgesamt gewannen die neu gewählten Landesvorstände den Eindruck, dass mit Joachim Herrmann eine Person an der Spitze des Innenministeriums steht, der sich mit dem Innenleben der Bayerischen Polizei sehr intensiv beschäftigt, dem die Innere Sicherheit am Herzen liegt und der sich seiner Fürsorgeverpflichtung gegenüber den ca. 40 000 Polizeibeschäftigten durchaus bewusst ist.

V.l.: Sepp Mehringer, Innenminister Herrmann, Werner Meier, Herbert Kern



Antritts- und Abschiedsbesuch beim PP Johann Rast



V.l.: LV Helmut Bahr, stv. LV Peter Schall, GdP-Vors. Mittelfranken Herbert Kern und PP Johann Rast

Eigentlich sollte es der Antrittsbesuch des neugewählten Landesvorsitzenden Helmut Bahr mit Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes beim Polizeipräsidenten von Oberbayern Nord, Johann Rast, in Ingolstadt werden. Doch - so schreibt beispielsweise der Donaukurier Ingolstadt - besser hätte der Besuch nicht getimt sein können. Gerade am Tag des GdP-Besuchs wurde Herr Polizeiprä-

sident Rast zum neuen Leiter des PP Mittelfranken bestellt. PP Rast erläuterte den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes die aktuellen Probleme seines bisherigen Präsidiums, die wie bei fast allen Präsidien in der mangelnden Personaldecke lägen. PP Rast hatte erst kürzlich mehr Personal gefordert, ohne konkrete Zahlen genannt zu haben. Die Neueinstellungen, die Innenminister

Joachim Herrmann in 2010/2011 nach oben gefahren habe, müssten schließlich erst ausgebildet werden und seien somit erst in frühestens drei Jahren auf der Straße, so der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr.

PP Rast teilte mit, dass er sich auf seine neue Aufgabe in Mittelfranken sehr freue, obwohl er gerne auch in Ingolstadt geblieben wäre. Der stv. GdP-Landesvorsitzende und Personalratsvorsitzende beim PP Oberbayern Nord, Peter Schall, bedauerte den Weggang des erst zwei Jahre im Amt befindlichen Präsidenten sehr und verabschiedete ihn mit durchaus herzlichen Worten. Schall sowie beinahe alle Kolleginnen und Kollegen des PP Oberbayern Nord schätzten Rasts „offene und menschliche Art“. Diese gute Zusammenarbeit erhofft sich Schall auch mit dem neuen Präsidenten Walter Kimmelzwinger.



Gewerkschaft der Polizei, Deutscher Fußball-Bund und Deutsche Fußball Liga im Dialog

Unter dem Motto „Feindbilder im Abseits“ fand Mitte Januar ein breit gefächertes „Fußballgipfel“ statt, der gemeinsam vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball-Liga (DFL) und der Ge-

Spielzeit 2009/2010, was einer Jahresarbeitszeit von 1.174 Polizisten gleichkäme. Dass die Kolleginnen und Kollegen ob dieser extremen Überbelastung und einer Vielzahl von Überstunden

einzudämmen und langfristig die Einsatzkräfte bei Fußballspielen wieder zurückfahren zu können. Neben einem weitgehenden Alkoholverbot an den Spieltagen sei dies maßgeblich der folgende GdP-Maßnahmenkatalog:

- Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende und flexible Termine und Reaktion auf kurzfristig auftretende Situationen/Terminkollisionen – notfalls bis zur Spielabsage.
- Konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften aus den Sicherheitsrichtlinien auch bei unteren Ligen
- Stadionverbote müssen einheitlich gehandhabt werden – auch in klassentiefen Ligen. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverboten der Deutschen Bahn führen.
- Ausbau der Fanbetreuung auch bei Vereinen in niedrigeren Ligen – auch mittels finanzieller Unterstützung DFB (oder DFL – da Vereine der 1., 2. und auch 3. Liga Interesse daran haben müssen, dass Fußball kein negatives Image erhält).
- Vereine müssen animiert werden, entschiedener gegen Gewalttäter vorzugehen.
- Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste in unteren Ligen sicherstellen.
- Einwirken auf Politiker, dass genügend qualifiziertes Personal vorgehalten wird, um Einsatzgeschehen inklusive Fußballeinsätze sicherzustellen.
- Einwirken auf die Justizminister der Länder, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten (Haftbefehle) sicherzustellen.
- Das Nationale Konzept Sport und Sicherheit muss häufiger mit den polizeilichen Gefahrenprognosen abgeglichen werden.

Im Verlauf der Tagung kamen auch Fanvertreter, Journalisten und Wissenschaftler zu Wort, die allesamt mehr Kommunikation zwischen Fußballvertretern und Polizei anmahnten. Alle waren sich einig darin, dass zusätzliche Aggressionen gegeneinander das Problem nicht lösen würden und konstruierte Feindbilder ins Abseits gehörten.



Fußball und Polizei sind sich einig; der Dialog muss intensiviert werden. (v.l.) GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut, Wolfgang Niersbach (DFB-Generalsekretär), DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger und der Vize-Präsident des Ligaverbandes und Präsident des Bundesligisten FSV Mainz 05, Harald Strutz. Foto: Zielasko

werkschaft der Polizei organisiert worden war. Ziel war unter anderem ein besserer Austausch zwischen Fans, Fußballverbänden und Polizei. Immer wieder kommt es zu mitunter feindseligen Begegnungen zwischen Fans und Polizisten. Aus Bayern nahmen für die GdP München Polizeidirektor Günther Kreit, Einsatzleiter in der Allianz-Arena München, für die GdP Bereitschaftspolizei Kollege Markus Schirmer, Zugführer der 24. BPH E/TEE und für die GdP Mittelfranken Kollege Roland Meyer, SB OuS bei der PI Fürth an der abwechslungsreichen, interessanten Tagung teil. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stand die enorm hohe Einsatzbelastung durch die aufgefächerten Spieltage und die dadurch stetig ansteigenden Fußballspiele, die einer massiven Polizeipräsenz bedürfen. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut sprach von einer Rekordzahl von 574 000 Einsatzstunden in der

mehr als frustriert sind, ist offensichtlich. „Doch ein Ende dieser wachsenden Einsatzbelastung ist nicht in Sicht. Für die Polizei ist das Limit erreicht“, so Bernhard Witthaut. Immer wieder in die Diskussion geworfene Forderungen nach Sonderabgaben der Profivereine an den Staat für die Abstellung von Polizeibeamten lehnte Witthaut klar und deutlich ab und bezeichnete sie als „unsinnig und juristisch falsch. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung müssten alle Veranstalter zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Auch Bürgerfeste, Weinfeste, Herbstfeste und andere gesellschaftliche Veranstaltungen leiden mittlerweile unter Gewalteskalationen und benötigen nicht selten zusätzlichen Polizeischutz“, so Witthaut bei seiner Rede in Frankfurt. Vielmehr machte Witthaut praktische Vorschläge, um die Gewalt beim Fußball



Vorratsdatenspeicherung: Eckpunktepapier ist reine Augenwischerei

Berlin – (gdp) Als „Augenwischerei“ und untauglich für die Bekämpfung schwerster Kriminalität hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, das von der Bundesjustizministerin vorgelegte Eckpunktepapier bezeichnet, in dem unter anderem die Vorratsdatenspeicherung geregelt werden soll. „Wir haben das Gefühl, dass sich die FDP auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung gegenüber der Union abgrenzen wolle“, so Witthaut.

Nicht anders sei es zu verstehen, wenn die von der Bundesjustizministerin vor-

geschlagene Regelung zur Vorratsdatenspeicherung noch hinter den Möglichkeiten zurückbleibe, die das Bundesverfassungsgericht eröffnet habe. „Die Sicherheitsbehörden müssen wieder zeitlich zurückliegende Auskünfte zu den Verkehrsdaten im Internet erhalten, damit Kinderpornographie, Netzwerke des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität bis zur Wurzel aufgeklärt werden können“, so Witthaut. Es sei bezeichnend, dass sich die FDP-Ministerin hingegen kaum Mühe mache, der massenhaften Sammlung und Verwertung von Bürger-

daten durch Wirtschaftsunternehmen zur Gewinnmaximierung Einhalt zu gebieten. Witthaut: „Es ist ein Witz, dass Telekommunikationsunternehmen sich aussuchen können, wie lange sie die Daten speichern, die Polizei zur Kriminalitätsbekämpfung darauf aber keinen Zugriff erhalten soll. Mit ihrer Haltung stärkt die Bundesjustizministerin das Misstrauen gegen den Staat. Staatsamt und parteipolitisches Interesse geraten hier in einen unauflösbaren Widerspruch.“

Demonstrationsrecht darf von niemandem eingeschränkt werden

Berlin – (gdp) Als „unangenehm, aber nicht überraschend“ hat die GdP die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Dresden zum Demonstrationsrecht bezeichnet. Das Gericht hatte das polizeiliche Verbot der Durchführung eines angemeldeten Demonstrationmarsches Rechtsextremer aufgrund von Sicherheitsbedenken angesichts einer Übermacht von Gegendemonstranten rückwirkend als unrechtmäßig verurteilt.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Eine Blockade von genehmigten Demonstrationen durch Gegendemon-

stranten ist eine Einschränkung des grundgesetzlich garantierten Demonstrationsrechts, auch wenn der Zweck der Demonstration jeden Demokraten beleidigt. Die Frage, ob Rechtsextreme demonstrieren dürfen, kann nicht auf der Straße entschieden werden. Die Polizei gerät hier vehement in die Zwickmühle.“

Das Demonstrationsrecht sei, so Witthaut, auch ein Minderheitenschutz. „Wenn Mehrheiten die Meinungsäußerung von Minderheiten verhindern dürften, wäre das Demonstrationsrecht ausgehöhlt. Jeder, der einem Andersdenken-

den das Grundrecht auf Meinungsfreiheit beschneidet, sollte daran denken, dass das unter umgekehrten politischen Vorzeichen auch ihm passieren könnte.“

Gegen den Rechtsextremismus und gegen rechtsextreme politische Gruppen müsste sich, so Witthaut, die demokratische Gesellschaft stärker ins Zeug werfen. Wenn ganze Landstriche von den Volksparteien, Gewerkschaften und staatlichen Institutionen im Stich gelassen würden, sei es kein Wunder, wenn politische Rattenfänger dort das Ruder übernehmen, so Witthaut.

Überwachung von Sexualtätern keine Dauerlösung

Berlin – (gdp) Als einen begrüßenswerten Beitrag zur Rechtssicherheit hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) das Urteil des Verwaltungsgerichtes Aachen bezeichnet, dass die polizeiliche Überwachung eines Sexualstraftäters der nach Verbüßung seiner Strafe entlassen worden war, als rechtmäßig bewertet hat.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Dauerüberwachung eines entlassenen Sexualstraftäters, von dem weiterhin eine erhebliche Gefahr ausgeht, ist mangels Alternativen unvermeidlich. Bei einer anderen Entscheidung des Gerichts wäre die Polizei in eine Sackgasse geraten. Die Polizei muss die Bevölkerung vor

solchen rückfallgefährdeten Tätern schützen und braucht dafür Rechtssicherheit.“

Der Urteilsspruch des Verwaltungsgerichtes bedeute auch, so Witthaut, dass Mitbewohner oder Nachbarn einer Person, die dauerüberwacht wird, die polizeiliche Präsenz akzeptieren müssten.

Dennoch, so Witthaut, dürfe es nicht allein der Polizei aufgebürdet werden, dafür zu sorgen, dass von solchen Menschen keine Gefahr mehr ausgeht. Witthaut: „Der Einsatz von Dutzenden von Polizisten rund um die Uhr ist keine Dauerlösung. Wir brauchen so schnell wie möglich gesicherte Therapieeinrichtungen.“

Tarif- und Besoldungsrunde 2011

**Wir halten dagegen!
Verzicht ist keine Lösung!**

Aufruf zur Kundgebung
vor der 1. Entgelt-
Verhandlungsrunde für den TV-L
am

**Donnerstag, den 3. Februar
2011, 12-13 Uhr**

vor der
**Bayerischen Landesbank,
Oskar-von-Miller-Ring,
München**